



Norbert Blüm: Deutschland in Freiheit und Frieden aufbauen!

Die größte historische Leistung dieses Jahrhunderts nannte Bundesminister Dr. Norbert Blüm beim CDU-Wahlkampfaufmarsch am Sonntag, dem 28. Oktober, in Dortmund die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Wahlkampf 1990 wäre nur vergleichbar mit dem des Jahres 1949. Der Zug der deutschen Einheit fahre auf einem neuen Streckenabschnitt in der Geschichte Deutschlands.

Norbert Blüm würdigte insbesondere die Verdienste von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem es gelungen sei, die Einheit nicht nur in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten, sondern auch mit den Gegnern von gestern zu erreichen. Besonders hervorzuheben sei das neue Vertrauensverhältnis mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow.

Freiheit – die große Leidenschaft der Menschen

Die Jahre 1989 und 1990 seien die glücklichsten Jahre in der neuen Geschichte Deutschlands. Ein besonderer Dank und Anerkennung gelte den Deutschen in der früheren DDR, die nicht mit Raketen und Panzern, sondern nur durch ihren Ruf nach Freiheit die Mauer und das SED-Regime weggefegt haben. Freiheit sei die große Leidenschaft der Menschen und sie ließen sich durch keine ideologische Entziehungskur diese Freiheit nehmen. Freiheit für alle sei das oberste Ziel der Christdemokraten. Es gelte für die Alten, die Jungen, die Frauen und Männer, ohne jedes Vorurteil. Freiheit heiße aber auch Verantwortung für Solidarität. Nun müsse geholfen werden, den Schutt von 40 Jahren Sozialismus wegzuräumen.

Erfolgreiche Leistungsbilanz der Regierung Kohl

Daß der Aufbau in den neuen Bundesländern heute ohne große Sorgen angepackt werden könne, sei Folge der erfolgreichen Leistungsbilanz von 8 Jahren Regierung Kohl. Die Sozialsysteme seien stabilisiert, die Wirtschaft boome und die Erwerbsquote habe im westlichen Deutschland mit knapp 29 Millionen Erwerbstätigen den höchsten Stand aller Zeiten erreicht.

Arbeit für alle

Norbert Blüm erklärte, er sei der Arbeitsminister derjenigen, die arbeiten wollten aber bisher nicht konnten. Sein Ziel sei es, auch für die Älteren, die Handwerker und Bauern und die gesundheitlich Geschädigten weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Ein besonderer Erfolg sei die hohe Frauenerwerbsquote, der höchsten in der bisher geführten Statistik. Sie sei ein Zeichen für eine Entwicklung zur partnerschaftlichen Gesellschaft.

Familienarbeit aufgewertet

Doch neben der Erwerbsarbeit stehe die neue Anerkennung der Familienarbeit. Ausdruck dafür seien der neue eingeführte



Erziehungsurlaub, das Erziehungsgeld und vor allem die Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Rente. Auch die letzte Gruppe der Mütter, die zwischen 1917 und 1921 geboren sind, komme nun in den Genuß dieser Regelung. Zum Jahresende werden 5 Millionen Mütter erstmals Rente aus Kindererziehungszeiten bekommen.

Renten steigen 1991

Eine besondere Verpflichtung sieht Minister Blüm in der Anhebung der Renten. Nicht nur die westdeutschen Renten werden 1991 mit dem Nettowachstum der Löhne angehoben, sondern besonders die Renten im Osten Deutschlands. Die Rentner und besonders die Kriegsopfer seien 40 Jahre von der SED vergessen worden. Erstmals erhalten 300 000 Menschen im Osten seit 1990 Kriegsopferrente. Die Rente bleibe weiterhin sicher. Die lohnbezogene Rente bleibe die Alterssicherung auch in Zukunft in ganz Deutschland.

Pflegesicherung – die Zukunftsaufgabe

Als große Zukunftsaufgabe stellte Norbert Blüm die Sicherung des Pflegerisikos heraus. Mit der Einführung des Pflegegeldes von 400 DM oder 750 DM Sachleistung monatlich ab 1. Januar sowie der Bezahlung einer Ersatzpflegekraft für einen Urlaub sei ein erster Schritt getan worden. Doch unbeachtet von der Öffentlichkeit würden Tag für Tag von stillen Samaritern zu Hause die meisten Pflegebedürftigen versorgt. Die ambulante Pflege besser zu unterstützen sei die Herausforderung der Zukunft.

Aufwertung der Pflegeberufe notwendig

Dazu sei auch, so Norbert Blüm, eine Aufwertung der Pflegeberufe notwendig. Der Dienst am Menschen müsse ein höheres Ansehen gewinnen. Pfleger und Schwestern dürften nicht die Aschenputtel der Nation werden.

Schwerter zu Pflugscharen

Die Umrüstung früherer NVA-Kasernen zu Einrichtungen für die Sozialversicherungen sei, so Blüm, ein sichtbares Zeichen für die prophetische Hoffnung, aus Schwertern Pflugscharen zu machen. Diese Einrichtungen werden von der militärischen auf die soziale Verteidigung umgerüstet. Die Abrüstung in Deutschland aber auch in Ost und West in Folge der deutschen Einheit wäre die Folge der erfolgreichsten Friedenspolitik der Nachkriegszeit durch die Regierung Kohl.

Hoffnung und Zuversicht auf den Aufbau

Jetzt sei nicht die Zeit der Zauderer und Rechenkünstler, sondern des Vertrauens auf die Leistungsbereitschaft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeitnehmerschaft. Blüm sagte weiter, er wisse, daß der Aufbau nicht von heute auf morgen zu leisten sei. Aber das Ziel der Einheit in Frieden und Freiheit würde alle bewegen zuzupacken. Er habe große Hoffnung und Zuversicht, daß in wenigen Jahren der Aufbau zum Wohle aller in Deutschland und Europa gelingen werde.

Helmut Linssen:

Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für den Asylmißbrauch

Oppositionsführer Dr. Helmut Linssen nahm in der Landtagssitzung am 13. November 1990 zum Vorschlag der SPD für ein neues Flüchtlingsaufnahmegergesetz (FlüAG) Stellung:

„Der Verstand dient uns oft dazu, kühn Dummheiten zu begehen“, lautet ein Satz von La Rochefoucauld. — Man muß heute hinzufügen: Bei der SPD mit ihren verfassungswidrigen Gesetzentwürfen ist dies mit den kühnen Dummheiten in letzter Zeit besonders häufig der Fall. Ich erinnere nur an das verfassungswidrige Frauenförderungsgesetz und an den untauglichen Versuch, das kommunale Ausländerwahlrecht einzuführen.

Mit dem geplanten Versuch, das Flüchtlingsaufnahmegergesetz zu ändern, begeht die SPD erneut eine kühne Dummheit und verstößt erneut gegen die Verfassung.

Die Dummheiten der SPD

Gott sei Dank gibt es in den Reihen der SPD auch noch Leute, die den Verstand dazu benutzen, kühn die Wahrheit zu sagen: Der Gesetzentwurf der Düsseldorfer Landesregierung — so der SPD-Bundestagsabgeordnete und Landrat des Erftkreises Klaus Lennartz — sei „absoluter Schwachsinn“. Das kann die CDU nur unterstreichen, und ich werde Ihnen auch sagen warum.

Dieser Gesetzentwurf ist absolut untaug-

lich. Dieser Gesetzentwurf ist das völlig falsche Mittel, um das Asylproblem zu lösen, um die vorhandenen Belastungen in unseren Städten und Gemeinden in den Griff zu bekommen.

Der Gesetzentwurf der SPD-Landesregierung verstößt gegen unsere Verfassung. Die im Gesetzentwurf vorgesehene faktische Gleichsetzung von deutschstämmigen Aussiedlern mit Asylantern ist unverantwortlich, gewissenlos und moralisch verwerflich.

Ihre Absicht, bei der Verteilung von Asylantern künftig auch die Flächen der Gemeinden zu berücksichtigen, verletzt den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz und die kommunale Selbstverwaltungsgarantie in Landesverfassung und Grundgesetz. Eine solche Verteilung ist absolut willkürlich. Dafür gibt es keine sachliche Begründung.

Will man sich überhaupt auf Ihre absurden Vorstellungen einlassen, so muß man feststellen: Eine Berücksichtigung des Flächenanteils würde zu einer unvertretbaren Belastung der kleineren, flächengrößeren Gemeinden führen. Eine solche Benachteiligung des ländlichen Raums wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn dafür überzeugende Gründe geltend gemacht werden können. Aber wo sind Ihre überzeugenden Gründe?

Was also wollen Sie mit Ihrem Flächenansatz eigentlich bewirken? Sie bewirken



nur sozialen Unfrieden! Ihre eigentliche Absicht ist klar. Die Kleinstadt Schmalenberg mit ihren 25000 Einwohnern müßte nach Ihren Verteilungsmanipulationen mehr Asylanten aufnehmen als die zehnmal größere Stadt Aachen. Dies ist ein Aberwitz!

SPD bewirkt sozialen Unfrieden

Dieses Beispiel macht ganz deutlich, wie absurd, ja wie ungerecht und wie unausgereift die geplante Gesetzesänderung der SPD-Landesregierung ist. Mit diesem Gesetzentwurf werden soziale Konflikte in ländlichen Gemeinden geradezu vorprogrammiert.

Statt zu versöhnen, spaltet die SPD unser Land: Der ländliche Raum wird gegen den städtischen Raum aufgebracht, die bevorzugte große Stadt gegen die benachteiligte große Stadt.

Dieser Gesetzentwurf ist der billige Versuch der SPD-Landesregierung, durch die Verknüpfung und Gleichsetzung von Asylbewerbern mit deutschstämmigen Aussiedlern von ihrem kläglichen Scheitern in der Asylpolitik abzulenken. Auch das hat Ihr mit Verstand begabter Bundestagsabgeordneter Klaus Lennartz von der SPD erkannt, wenn er feststellt: mit dem Flüchtlingsaufnahmegeret „wird das Problem, nämlich die hohe Zahl von ausländischen Flüchtlingen, nicht gelöst, sondern hin- und hergeschoben.“

Asylproblem ist Zugangsproblem

Und nun hören Sie doch endlich mit diesem Hin- und Hergeschiebe des Asylproblems auf. „Es kann doch nur darum

gehen“, so am 12. November in der „Welt“ der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder, Sozialdemokrat und Präsident des Stadttetags von Baden-Württemberg, „daß man die Dinge so anpackt, wie sie sich aufgrund der Fakten ergeben“. Und Fakt ist für Gerhard Widder: Das Asylproblem ist nicht, wie von der SPD-Seite oft behauptet, ein Abschiebeproblem, sondern ein Zugangsproblem.

Der SPD-Oberbürgermeister spricht sich energisch dafür aus, Asylbewerbern aus Ländern, in denen keine politische Verfolgung herrscht, die Einreise in die Bundesrepublik schon an der Grenze zu verwehren: „Wer vor Ort die Dinge sieht, wer sieht, wie handlungsunfähig die Kommunen in den Fällen werden, in denen sie wirklich Hilfe zu leisten hätten, der kann zu keiner anderen Bewertung kommen.“

Um das Zugangsproblem in den Griff zu bekommen, brauchen wir endlich eine Änderung des Grundgesetzes. Wer aber mit Fensterreden und gesetzeswidrigen Verteilungsmanipulationen versucht, sich an einer Grundgesetzänderung vorbeizumogeln, der täuscht den Bürger und provoziert eine Ausländerfeindlichkeit, die wir alle nicht wollen.

SPD ist unsozial und deutschfeindlich

Zur Lösung des Asylproblems absolut untauglich ist auch die von der SPD vorgesehene Gleichsetzung von deutschstämmigen Aussiedlern mit Wirtschaftsasylanten. Diese Ungleichbehandlung ist widersinnig und deutschfeindlich. Sie hat mit sozialer Politik, wie sie sich die SPD immer wieder an ihre Fahnen zu heften



versucht, nichts, aber auch rein gar nichts mehr zu tun.

Deutsche, die als Aussiedler im Gegensatz zu den Asylbewerbern völlige Freizügigkeit genießen, wenn sie hier bei uns sind, kann man weder verteilen noch auf irgendwelche Verteilungsquoten anrechnen. Die Rechenmodelle der SPD-Landesregierung sind durchsichtige Versuche, sich aus ihrer staatspolitischen Verantwortung hinauszustehlen. Die Bürger werden dieses dumme und törichte Doppelspiel durchschauen und dafür der SPD am 2. Dezember die Quittung geben.

Für die Bundesrepublik Deutschland besteht ein historisch gewachsener Verantwortungsunterschied zwischen Deutschen und Asylbewerbern. Dies zu erkennen, müßte auch den Sozialdemokraten bei klarem Verstand möglich sein. Ich warne die SPD vor dem erneuten Versuch, Millionen von Deutsche durch Aberkennung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft auszugrenzen.

Unser politisches Ziel ist und war es, durch gezielte Hilfen dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen der Deutschen in Osteuropa vor Ort verbessert werden. Diesem Ziel dient auch der deutsch-sowjetische Generalvertrag, den Bundeskanzler Kohl und der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow am 9. November unterzeichnet haben.

Deutsche aus Osteuropa sind keine Wirtschaftsasylanten

Wir wollen, daß die Deutschen in Osteuropa menschenwürdige Lebensbedingungen bekommen. Dazu gehören für die CDU auch ein Volksgruppenrecht und kulturelle Identität. Daß die CDU auf dem richtigen Weg ist, beweisen die sin-

kenden Aussiedlerzahlen. Diese Menschen haben Vertrauen gefaßt in die Politik von Bundeskanzler Kohl.

Sie von der SPD drohen dieses gewachsene Vertrauen im Keim zu zerstören, wenn Sie Aussiedler mit Wirtschaftsasylanten gleichsetzen. Ich appelliere an Sie, werden Sie Ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht und nehmen Sie Abstand von diesem Gesetzentwurf. Wenn Sie dies nicht tun, dann werden Millionen von Aussiedlern zu uns kommen — in der berechtigten Angst vor neuen Mauern. Dann hätten Sie wieder die Mauer, die die SPD erst gar nicht einreißen wollte.

Ich betone noch einmal: weder innen- noch außenpolitisch kommt für uns die deutsche Staatsangehörigkeit als Verhandlungsmasse in Betracht. Für die CDU-NRW kann es eine Verknüpfung von Asylbewerbern mit Aussiedlern nicht geben. Die SPD sollte diese dummen Verknüpfungs- und Verteilungsmanipulationen schleunigst unterlassen.

Wir, die CDU NRW, haben den Landtag mehrmals aufgefordert:

- die Asylverfahren zu beschleunigen,
- im ganzen Land flächendeckende Sammellager einzurichten und zu betreiben.

Wir haben allein in dieser Legislaturperiode den Landtag mehrmals aufgefordert, endlich zur Lösung des Zugangsproblems beizutragen und endlich einer Grundgesetzänderung zuzustimmen.

Durch Ihre Weigerung vorige Woche, einer Änderung des Grundrechts auf Asyl zuzustimmen, trägt die SPD jetzt die



10. NRW-Tag der Jungen Union

Zum 10. Nordrhein-Westfalen-Tag der Jungen Union (JU) konnte Vorsitzender Ronald Pofalla in Königswinter fast 400 Delegierte aus ganz NRW begrüßen.

Höhepunkte dieser Tagung waren Neuwahlen des gesamten Landesvorstandes und ein Referat „Verantwortung für die Zukunft“ der Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die sich anschließend den kritischen Fragen der Delegierten stellte.

In seinem Rechenschaftsbericht wies Ronald Pofalla auf die Erfolge in der Arbeit des vor vier Jahren aus den Landesverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland fusionierten größten JU-Verbändes NRW hin: neben der inneren Integration sei es vor allem gelungen, die Position der Jüngeren in der CDU und

damit in der Politik insgesamt zu stärken. Drei JU-Mitglieder seien im Mai 1990 in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen, unter ihnen der stellvertretende Vorsitzende Andreas Engelhardt. Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember kandidierten acht JU-Leute in Direktwahlkreisen, von denen vier eine gute Chance besäßen, in das erste gesamtdeutsche Parlament einzuziehen. Angeführt werden die JU'ler von ihrem Vorsitzenden, der in Recklinghausen kandidiert. Zentrale Forderung an die neue Regierung sei die Schaffung eines eigenen Jugendministeriums, das, so Pofalla, „mit einem Vertreter oder einer Vertreterin unserer Generation besetzt werden muß.“

Auch zum politischen Gegner Lafontaine bezog Pofalla Stellung: „Wer hofft, daß es Deutschland schlecht geht, der ist schlecht für Deutschland.“

Daß er damit auf der Linie der JU in NRW liegt, zeigte sich in den anschließenden Wahlen, wo Pofalla mit 80% Zustimmung zum dritten Mal zum Landesvorsitzenden gewählt wurde.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Hauptverantwortung für den Asylmißbrauch.

Und sollte die SPD hier im Landtag bei ihrer Ablehnung einer Grundgesetzänderung des Asylartikels bleiben und weiterhin auf einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beharren, dann ist klar: Jede Wählerstimme für die SPD ist eine Stimme für Verteilungsmanipulationen und für den Asylmißbrauch.

Ich fordere die SPD mit allem Nachdruck auf: Kommen Sie zur Vernunft! Gebrauchen Sie Ihren Verstand! Ziehen Sie diesen undurchdachten, asozialen und verfassungswidrigen Gesetzentwurf zurück!“

CDU Ruhrgebiet warnt vor falscher Asyldiskussion

„Das Grundrecht auf Asyl muß unanfechtbar bleiben. Das erfordert, dafür zu sorgen, daß es in der Bevölkerung auf Dauer akzeptiert wird“, sagte der Vorsitzende der CDU Ruhrgebiet, Dr. Norbert Lammert, MdB, am 9. November in

Eigene Volksgruppenrechte für die Deutschen in Polen

Der Landesvorsitzende der CDU NRW, Dr. Norbert Blüm, sprach mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen

Der Landesvorsitzende der CDU NRW, Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm, erklärte im Anschluß an ein Gespräch mit dem Landesverband

Castrop-Rauxel. „Dies läßt sich aber nicht auf dem Weg von Verteilungsverfahren lösen, sondern erfordert eine Ergänzung des Grundgesetzes und eine offensive Politik, die Flüchtlingsströme vermeidet, statt lediglich umdirigiert.“ Die Probleme der Ruhrgebietsstädte mit dem Zustrom von Asylbewerbern, die vor dem Hintergrund hoher Ausländer- und Aussiedleranteile für soziale Brisanz sorgen, standen dort am 9. November im Mittelpunkt des 11. Forum Ruhrgebiet der CDU unter dem Thema „Brennpunkt Asyl“.

Dr. Rupert Neudeck vom Notärztekomitee Cap Anamur unterstützte die auf dem Forum von einem Vertreter des Bundesinnenministeriums vorgestellte Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung, die — auch im EG-Rahmen — zusätzliche Hilfen in den Herkunftsändern der Asylbewerber mobilisieren will. „Es geht gar nicht um viel mehr Geld, sondern die Politik muß dafür sorgen, daß die große Hilfsbereitschaft der Bundesbürger direkt am Ort der größten Not wirken kann“, sagte Neudeck.

Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen in Bonn: „Heimat betrifft elementare Bedürfnisse der Menschen. Nachdem Millionen Deutsche sie wiedergefunden haben in einem geeinigten, friedlichen Deutschland, dürfen wir die nicht vergessen, die östlich der 5 neuen Bundesländer ihre alte Heimat haben.“

In dem Gespräch, an dem neben dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der ost- und mitteldeutschen Vereinigung der CDU-Rheinland, MdB Bernd Wilz, und der Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen e.V. des Bundes der Vertriebenen, Hans-Günther Parplies, sowie weitere Präsidiumsmitglieder teilnahmen, erinnerte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm nachdrücklich an das Schicksal der Deutschen in Ost- und Mitteleutschland.

Im Verlaufe des Treffens sprach sich der Landesvorsitzende der CDU NRW nachdrücklich für eine Stärkung der Volksgruppenrechte aus. Die Deutschen östlich der neuen Bundesländer hätten ein Recht auf ihre Heimat; kulturelle Aspekte, zu denen Bildung und Erziehung in der eigenen Sprache untrennbar gehörten, seien damit ebenso verbunden wie auch die Gewißheit, in sozialer Sicherheit leben zu können.



Für sozialen Frieden zwischen Männern und Frauen

CDU: OVG Münster bestätigt Bedenken der CDU-Fraktion

Zur Ansicht des Oberverwaltungsgerichts in Münster, das Frauenförderungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen sei verfassungswidrig, erklärte die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Regina van Dinther:

„Die verfassungsrechtlichen Bedenken der CDU-Fraktion sind von den Richtern in Münster ausdrücklich bestätigt wor-

den. Wir fordern die Landesregierung auf, die Anwendung des Frauenförderungsgesetzes bis zur endgültigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sofort zu stoppen. Jahrelanges altes Unrecht kann nicht durch neues Unrecht abgegolten werden. Die CDU hat stets betont, daß dieses Gesetz den sozialen Frieden zwischen Männern und Frauen im höchsten Maße gefährdet. Statt auf Quotierung setzt die CDU auf Partnerschaft und Chancengleichheit. Frauenförderpläne haben hier in den vergangenen Jahren bereits Wirkung gezeigt. Die Quote kann die Probleme der Frauen in der Gesellschaft nicht lösen, sondern die Rahmenbedingungen müssen stimmen.“

Termine

26. 11. 1990	10.00 Uhr	Kranzniederlegung am Grab von Heinrich Köppler durch Vertreter von Bundes- und Landespartei	Niederbachem (Wachtberg)
30. 11. 1990	10.00 Uhr	Klausurtagung der Medienpolitiker der CDU NRW, LVM-Versicherungen Auskünfte: Frau Meyer, Tel. (02 11) 1 36 00-47)	Münster
10. 12. 1990	18.00 Uhr	JU NRW: Kamingespräch mit Burkhardt Steven, Leiter der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften Auskünfte: Herr Solberg, Tel. (02 11) 1 36 00-43)	
11./12. 12. 1990		Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Auskünfte: Frau Meyer, Tel. (02 11) 1 36 00-47)	Bonn